

Pressemitteilung
Kiel, 10.10.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW-Politiker Dirschauer und Seidler besuchen FSG

Für uns vom SSW ist klar: Unsere Werft, die FSG, gehört so schnell wie möglich wieder in ruhiges Fahrwasser, nur dann wird sie die mit Steuergeld finanzierten aktuellen Aufträge zum Bau von LNG-Bunker-Schiffen realisieren können."

SSW-Politiker Dirschauer und Seidler besuchen FSG

Der SSW-Bundestagsabgeordnete Stefan Seidler hat heute gemeinsam mit dem SSW-Parteivorsitzenden und Landtagsabgeordneten Christian Dirschauer die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG) besucht und mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Austausch über die aktuelle Situation bei der FSG gesucht. Im Nachgang des Termins äußert sich Stefan Seidler wie folgt:

"Mir bereitet die Situation bei der FSG weiter große Sorgen. Aus meinen Gesprächen heute nehme ich mit, dass das Vertrauensproblem bei der FSG anhält, auch wenn der letzte Lohn nun gezahlt ist. Dafür ist in den letzten Monaten einfach zu viel passiert. Deshalb sehe ich auch staatliche Bürgschaften, wie sie mitunter gefordert werden, in der derzeitigen Konstellation kritisch. Bürgschaften setzen Vertrauen voraus.

Land und Bund sollten jetzt versuchen zu vermitteln und helfen verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Dazu muss die Politik das Gespräch mit der



Geschäftsführung und Belegschaft suchen. Nur so kann es langfristig tragbare Lösungen für die Zukunft der Werft geben. Das ist nicht nur in Flensburger Interesse. Der Bund hat sich bei Energiesicherheit und Energiewende ambitionierte Ziele gesetzt. Mit Blick auf die zahlreichen globalen Krisen wissen wir jedoch, dass technisches Know-how und Produktionskapazitäten vor Ort von entscheidender Bedeutung für unser Land sind, um diese Ziele zu erreichen. Niemand in Berlin zweifelt mehr daran, dass die Entwicklung unserer Werften von nationalem Interesse ist. Das hat die Nationale Maritime Konferenz des Bundeskanzlers nochmal eindeutig unterstrichen.

Für uns vom SSW ist klar: Unsere Werft, die FSG, gehört so schnell wie möglich wieder in ruhiges Fahrwasser, nur dann wird sie die mit Steuergeld finanzierten aktuellen Aufträge zum Bau von LNG-Bunker-Schiffen realisieren können."

